



München, 11. Juni 2010

Politisches Durcheinander um Gentechnik beenden Bauernverband fordert einheitliche Lösung für die Bauern

München (bbv) – Das politische Durcheinander um die gentechnisch veränderten Spuren in einzelnen Maissaatgut-Chargen nimmt kein Ende. „Absolut unverständlich und grotesk ist die Tatsache, dass bei einem gültigem Bundesrecht die betroffenen Bundesländer offensichtlich unterschiedlich vorgehen wollen“, erklärt Leonhard Keller, Vorsitzender des Ausschusses für pflanzliche Erzeugnisse im Bayerischen Bauernverband. Dies bringe katastrophale rechtliche Folgen für die betroffenen Landwirte im Hinblick auf Schadenersatzansprüche mit sich. Keller fordert zum Schutz der Schadenersatzansprüche der Bauern ein sofortiges bundeseinheitliches Handeln der Behörden. Nachdem Mecklenburg-Vorpommern die Vernichtung des betreffenden Maises angeordnet hat und auch der Baden-Württembergische Landwirtschaftsminister davon ausgeht, dass der dort auf 600 bis 700 Hektar ausgebrachte Mais von den Feldern zu entfernen sei, muss nun unverzüglich Klarheit mit einer einheitlichen Entscheidung für die Landwirte geschaffen werden.

Der Bayerische Bauernverband wehrt sich dagegen, dass bei der Problemlösung nicht die betroffenen Bauern, sondern offensichtlich politische Ideologien in den einzelnen Bundesländern im Vordergrund stehen. Die betroffenen Bundesländer sollten sich endlich gemeinsam mit dem Bund an einen Tisch setzen und eine einheitliche Lösung für die Bauern erarbeiten. Eile sei angesagt, da jeder Tag, der verstreiche, das Problem vergrößere. Keller: „Hier handelt es sich nicht um ein Bohrloch, das man technisch nicht stopfen kann. Es ist vielmehr mangelnder politischer Wille, das aktuelle Problem für die Bauern zügig zu lösen. Die Bauern haben diese Misere schließlich nicht verursacht.“